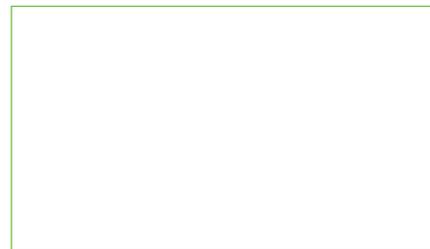


**zukunft**

# **kärnten land**

Unabhängige  
Fachzeitschrift für  
Land- und Forstwirtschaft



**Kärnten:  
Mit „GRIPS“ für  
einen starken  
ländlichen  
Raum**

**Holzmarkt:  
Forstwirtschaft  
optimistisch für  
2006**

**Vogelgrippe:  
EU-Hilfe für  
Geflügelzüchter**

[www.zukunft-land.at](http://www.zukunft-land.at)  
VNR: 052036513M P.b.b.  
Verlagspostamt 9020 Klagenfurt

**04  
2006**

**Hier  
könnte  
Ihre  
Werbung  
stehen!**

**zukunft**  
**kärnten**  
**land** Unabhängige  
Fachzeitschrift für  
Land- und Forstwirtschaft

**Inhalt:**

Editorial, Impressum	2
Kärnten: Mit „GRIPS“ für einen starken ländlichen Raum	3
Polit-Streit um Agrarförderungen	3
Perspektiven für Österreichs Landwirtschaft	5
Zehn Jahre BSE: Rinderseuche auf dem Rückzug	8
Vogelgrippe: EU-Hilfe für Geflügelzüchter	9
Holzmarkt: Forstwirtschaft optimistisch für 2006	10
Traktorenmarkt: New Holland vor Steyr	11
Was ist dran am Biodiesel?	12
SVB: Gesundheitsmaßnahmen für Bauernkinder	14
Mitmachen und gewinnen!	15
Leserbriefe	15

**Impressum:**

Herausgeber: Zukunft Kärnten – Zukunft Land, Wolfgangweg 8, 9020 Klagenfurt, Telefon: 0676 / 75 83 484 · Erscheinungsort: Klagenfurt · Internet: www.zukunft-land.at · Anzeigen und Marketing: Orange Werbeagentur, Kärntner Ring 11 13/7/4, 1010 Wien · Auflage: 33.000 Stk. (für Kärnten) Fotos: LPD, Eggenberger, BMSG, www.photocase.com · Leserbrief: leserbrief@zukunft-land.at · Grafik, Satz und Repro: Textdesign Ges. m. b. H., Klagenfurt · Zeitungsnummer: VNR: 05Z036513M P.b.b. · Gewinnspiel: gewinnspiel@zukunft-land.at



**Verschweiger Martinz**

Kärntens Agrarlandesrat Josef Martinz (VP) ist ein umtriebiger Mann, dass gilt ganz besonders für seine Presse- und Medienarbeit. Frei nach dem Motto: Tue Gutes und rede darüber! Und so betont Martinz auch ganz selbstbewusst, dass die öffentlich-mediale Informationsarbeit „zu den wichtigsten Aufgaben meines Referats gehört“. So weit, so positiv. Weniger positiv ist es freilich, wenn Martinz seiner „Informationsarbeit“ nur unvollständig und selektiv nachkommt. Wie in unserem Fall: Wie andere Medien auch hat „Zukunft Land - Zukunft Kärnten“ bei Martinz um ein Interview angefragt. Doch unsere Anfrage, sie datiert vom 11. Februar, ist bis heute ohne Antwort und Reaktion geblieben. Tue Gutes und rede darüber? Da lässt es tief blicken, dass Martinz schweigt. Der Agrarlandesrat verschweigt sich, anstatt sich zu erklären. Doch genau darauf, auf seine Erklärungen und Antworten auch zu kritischen Fragen, hat die Kärntner Bauernschaft ein Anrecht. Unsere Landwirte müssen Gehör finden - gerade bei „ihrem“ Agrarlandesrat. Sich zu verschweigen, ist der falsche Ansatz. Den Bauern gegenüber zu schweigen erst recht. Denn auch Martinz sollte wissen: Ein Politiker, der schweigt weil er nichts sagen will, dem droht nur all zu leicht das Schicksal, selbst verschwiegen zu werden und politisch nichts mehr zu sagen zu haben!

**LANDTECHNIK**  
MASCHINENZENTRUM

**Oberzaucher & Griesser GmbH**  
**9500 VILLACH WEST**  
Badstubenweg 63 • Tel. (0 42 42) 588 61-0, Fax DW-14  
**www.landtechnik.co.at**

## Kärnten: Mit „GRIPS“ für einen starken ländlichen Raum



**Landeshauptmann Jörg Haider und LHStv. Martin Strutz stellen Ideenwettbewerb „GRIPS 2006“ vor – Einreichungen bis 14. Juli möglich**

Mit dem Ideenwettbewerb „GRIPS 2006“ soll der ländliche Raum Kärntens nachhaltig gestärkt werden. Details zu diesem Gemeinde- und Regions-Innovationspreis stellten nun Landeshauptmann Jörg Haider und Landesplanungsreferent LHStv. Martin Strutz vor. Gemeinden, Schulen, Verbände, Unternehmen, Vereine, Arbeitsgemeinschaften und landwirtschaftliche Betriebe können ihre

„GRIPS“-Projekte bis 14. Juli 2006 einreichen. Der „GRIPS 2006“ ist mit Förderpreisen von insgesamt 150.000 Euro dotiert.

Für Haider soll mit dem Ideenwettbewerb „das Nachdenken über den ländlichen Raum breiter angelegt werden“. Er erwartet sich aus der von der Landesplanung und dem Wirtschaftsreferat unterstützten Initiative wertvolle Impulse. Haider und Strutz verwiesen dazu auf mehrere aktuelle Projekte des Landes zur Stärkung des ländlichen Raumes. Unter anderem die Breitbandinitiative und das neue Wohnbauförderungsgesetz.

Strutz betonte, es sei wichtig, die Jugend über die Schulen in den Ideenwettbewerb einzubinden. Mit „GRIPS 2006“ sollen Initiativen in Gemeinden und Regionen prämiert werden, die innovative, nachhaltige Ideen und Projekte entwickeln oder bereits umgesetzt haben und diese erweitern wollen. Vor allem gehe es darum, die lokale und regionale Zusammenarbeit von Betrieben, Landwirten, Vereinen und Gemeinden zu stärken. Der Ideenwettbewerb sei „eine Ergänzung zu den regionalen Entwicklungsleitbildern“.

Projekte können innerhalb der Einreichfrist bis 14. Juli 2006 in zwei Kategorien eingereicht werden. Die erste Kategorie umfasst abgeschlossene Projekte mit Fortsetzungswirkungen und Weiterentwicklungsideen, die zweite neue Projektideen mit konkreten Konzepten. Die Siegerprojekte jeder Kategorie erhalten 25.000 Euro, die Zweitplatzierten 20.000 Euro, die Drittplatzierten 15.000 Euro, für den vierten Platz gibt es 10.000 Euro und für den fünften 5.000 Euro. Vorgelegt werden die von einer Jury aus Experten des Landes und externen Fachleuten bewerteten Projekte bei der Preisverleihung im Casineum Velden im September. Es dürfen maximal

vier Projekte pro Teilnehmer eingereicht werden. Sie können die Bereiche Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus; Umwelt und Energie; Siedlung, Bebauung und Verkehr; Bildung und Kultur; Gesundheit, Soziales und Arbeit; Familie, Generationen und Jugend sowie Naturschutz und Landschaft umfassen. Grundlage des „GRIPS 2006“ sind die ökosoziale Marktwirtschaft und der „Global Marshall Plan“. Der Global Marshall Plan hat eine „Welt in Balance“ zum Ziel, die durch eine schrittweise Realisierung der ökosozialen Marktwirtschaft und Maßnahmen gegen negative Auswüchse der Globalisierung erreicht werden soll.

Die Einreichung der Projekte erfolgt über ein Teilnahmeformular, das unter [www.ktn.gv.at](http://www.ktn.gv.at) heruntergeladen werden kann. Das Formular ist samt Unterlagen, wie Fotos, die das Projekt dokumentieren, per Post an das Amt der Kärntner Landesregierung, Abt. 20 Landesplanung – UAbt. Dorf- und Stadterneuerung Kärnten, Wulfengasse 15, 9020 Klagenfurt zu senden. Nähere Informationen zu „GRIPS 2006“ gibt es unter der E-Mail-Adresse [dusk@ktn.gv.at](mailto:dusk@ktn.gv.at) oder telefonisch unter 050 536 32052 bzw. 050 536 32028.

## Polit-Streit um Agrarförderungen

Österreich hat für 2007 bis 2013 die Kernpunkte für die Verteilung der Agrarförderung formuliert. Es gibt weniger Geld für den Biolandbau, aber mehr für Agrar-Investitionen. LWK-Vizepräsident Uwe Scheuch kritisiert die Neuverteilung der Agrarförderung als ungerecht und Gefährdung der biologischen Landwirtschaft.

Für Agrarminister Josef Pröll ist der „grüne Pakt“ genannte Finanzplan zur Neuverteilung der Agrarförderungen „ein klares Bekenntnis für eine naturnahe Landwirtschaft“. Für den ländlichen Raum gebe es eine Milliarde Euro pro Jahr. Die Bergbauernförderung werde mit 276 Millionen Euro nahezu unverändert bleiben; das den Bio-Bereich betreffende Umweltprogramm als „Herzstück“ sei mit 520 Millionen Euro zwar „etwas geringer dotiert als früher“ (2000 bis 2006 waren es 610 Millionen Euro). Und: Die Agrar-Investitionsförderungen würden von 90 Millionen auf 130 Millionen Euro aufgestockt.

Soweit Prölls Eigenlob. Faktisch ist die ÖPUL-Kürzung Folge einer neuen EU-Vorgabe. Künftig dürfen nur noch maximal 80 Prozent der Agrarförderungen für das Umweltprogramm und den Bergbauern-Ausgleich veranschlagt werden. „Wir haben starken Wert auf Ausgewogenheit gelegt“, betonte Pröll. Nachsatz: „Der Biolandbau bleibt prioritäre Maßnahme.“ Einhellig begrüßt wurde der „grüne Pakt“ von Bauernbund und Landwirtschaftskammer. Massive Kritik kommt hingegen vom BZÖ: „Wie es aussieht, möchte der ÖVP-Bauernbund mit Minister Pröll an der Spitze die Biobauern aus der Landwirtschaft vertreiben“, erklärte BZÖ-Agrarsprecher und LWK-Vizepräsident Uwe Scheuch.

Es sei unvorstellbar und auf das Schärfste zurück zu weisen, „was Pröll und seine schwarzen Freunde da planen“, sagte Scheuch in Richtung ÖVP: „Wenn die Zahlen stimmen, müssen die Biobauern künftig mit Kürzungen von bis zu 30 Prozent und mehr rechnen, und hier besonders die Grünlandbetriebe! Das darf man so nicht stehen lassen!“ Die Bauernbundpolitik führe mehr und mehr

dazu, dass die heimischen Bäuerinnen und Bauern ihre Höfe zusperrern müssen, kritisierte Scheuch. Bei den letzten Verhandlungen mit der EU sei es zwar gelungen, im Gesamtpaket viele Mittel sicher zu stellen, doch

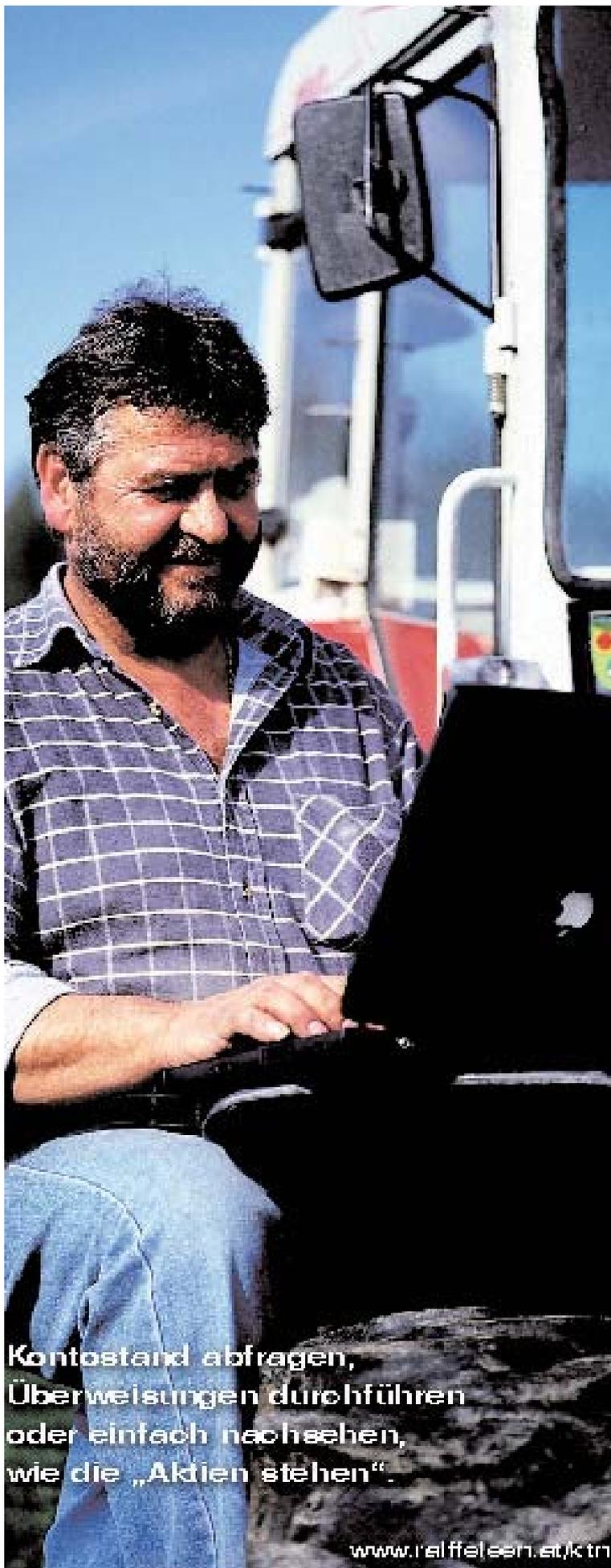


scheine „die Verteilung nun völlig in die falsche Richtung zu gehen“. Scheuchs Appell: „Wir müssen alles daran setzen, dass gerade die kleinen und mittel strukturierten Betriebe Zukunft haben. Und hier spielen natürlich auch die Biobetriebe eine wichtige Rolle.“

Der BZÖ-Mandatar verweist mit seiner Kritik darauf, dass noch nicht fest steht, wie viel Geld Österreich für sei-

ne Ländliche Entwicklung aus Brüssel abholen wird können. Dazu muss erst der EU-Haushalt vom EU-Parlament abgesegnet werden. Ebenfalls noch nicht fixiert wurde der Verteilungsschlüssel der EU-Agrargelder für den ländlichen Raum, insgesamt geht es dabei um 70 Milliarden Euro.

Harsche Kritik an der GAP-Reform kommt derweil von der Wissenschaft. „Die Presse“ zitierte dazu zuletzt eine Studie renommierter Agrarökonominnen, in der die Betriebszahlen von 2.500 Bauernhöfen durchleuchtet wurden. Das (ernüchternde) Ergebnis: „Durch die Förderungen können die Bauern zwar überleben – aber gerechter wird die Einkommensverteilung dadurch nicht.“ Laut Studie erlöst ein durchschnittlicher Landwirt in Österreich aus dem Verkauf seiner Produkte ein Jahreseinkommen von knapp 11.000 Euro. Dazu kommen 15.000 Euro Förderungen. Die Direktzahlungen und ÖPUL-Mittel würden jedoch die Ungleichheit der Markteinkommen vergrößern, so die Experten. Auch die EU sei hier säumig: „Die Chance, die Verteilungsungleichheit zu erhöhen, wurde von Brüssel noch nicht wahrgenommen.“



Kontostand abfragen,  
Überweisungen durchführen  
oder einfach nachsehen,  
wie die „Aktien stehen“.

[www.raiffeisen.at/ktm](http://www.raiffeisen.at/ktm)

**direkt**  
Meine Bank ist überall

**Raiffeisen  
Meine Bank**



## „Man hat den Bauern die Freiheit genommen!“

**Im Interview: Biolandwirt und Biobauern-Kontrollor Hannes Löschenkohl im Gespräch mit „Zukunft Kärnten – Zukunft Land“**

*Wie sehen Sie die Zukunft des Bauernstands?*

**Löschenkohl:** Wir gehen einer sehr ungewissen Zukunft entgegen, da ich die Sensibilität vieler so genannter Bauernvertreter und den dazugehörenden Weitblick vermisste.

*Können Sie uns das erläutern?*

**Löschenkohl:** Aus meiner Sicht ist jedes System, dass auf finanzielle Unterstützung aufgebaut ist, zum Scheitern verurteilt. Und zwar aus ganz einfachen Gründen. Stellen Sie sich vor, sie liegen auf der Intensivstation und jemand dreht ganz langsam die Sauerstoffzufuhr zurück. Das ist genau der Zustand, in dem sich die Landwirtschaft befindet. Man gestattet uns nicht mehr selbstständig zu atmen, in dem man uns Bauern abhängig macht, den „gläsernen Bauernhof“ geschaffen hat und uns jede Freiheit genommen hat.

*Was genau verstehen Sie darunter, wenn Sie kritisieren, dass den Bauern ihre Freiheit genommen worden sei?*

**Löschenkohl:** Erinnern Sie sich noch an die Versprechen vor dem EU-Beitritt? Was wurde daraus? Man hält uns Bauern für blöd! Heute sind wir doch nur noch Handlanger der Konzerne und auf den guten Willen der Bürokraten in Brüssel angewiesen. Man ist auf dem besten Weg, uns unseren Stolz und unsere Identität zu rauben. Ich frage: Was haben wir denn noch zu reden? EU-Recht geht vor nationales Recht und somit haben wir ja nicht einmal mehr das Recht, über die Gentechnik in Österreich abzustimmen, weil das angeblich gegen das EU-Gesetz verstößt.

*Zum Stichwort finanzielle Unterstützungen, also Subventionen:*



Zur Person: Hannes Löschenkohl (44) ist Biobauer aus dem Krappfeld, Landwirtschaftsmeister, und kontrolliert seit elf Jahren Biobetriebe für die Fa. LACON Österreich.

*Wie stehen Sie zu Ausgleichszahlungen?*

**Löschenkohl:** Nun, es wird wohl kaum einen Betrieb geben, der es sich leisten kann, auf Ausgleichszahlungen zu verzichten. Wir sind nun einmal in diesem System und müssen das Beste daraus machen. Es kann und darf aber nicht so sein, dass man den Biobauern jetzt nochmals um 30 Prozent die Ausgleichszahlungen kürzt, während das bei konventionellen Betrieben erheblich weniger ist, und wir dann von den Bauernvertretern zu hören bekommen: Seid doch zufrieden, es könnte schlimmer sein... Kein einziger dieser Bauernvertreter hat jemals den Ausgleich der Inflation eingefordert, der uns in den letzten Jahren rund 20 Prozent gekostet hat. Und damit ist der tatsächliche Verlust, so wie er jetzt geplant für uns Biobauern geplant ist, nicht 30 Prozent, sondern 50 Prozent.

*Was würden Sie sich für die Bauern wünschen?*

**Löschenkohl:** Freiheit durch die Anerkennung unserer Leistungen für unseren Lebensraum, durch die Wertschätzung unserer Tätigkeit in der Verantwortung der kommenden Generationen gegenüber sowie die Erkenntnis aller, dass die schöne Landschaft in der Werbung, nicht durch den Fotograf und den Filmemacher konstruiert wird, sondern durch den Fleiß, die Hingabe und die Verbundenheit des Bauern mit seinem Boden und seiner Heimat entsteht. Es war Abraham Lincoln, der gesagt hat: „Nimmst du einem Volk seine Bauern, dann fällt dir das Volk in den Schoß.“ Hinter dieser Bauernvernichtung steckt System. Viele Politiker wissen das, aber sie machen sich schuldig durch ihre Untätigkeit.

# „Schwarz-Fischern“ wird in Kärnten das Handwerk gelegt

Interview mit KO Ing. Kurt Scheuch

„Herr Klubobmann, wie sehen Sie den Stellenwert der Fischerei in Kärnten?“

**Scheuch:** „25.000 Kärntnerinnen und Kärntner gehen ihrer Leidenschaft, dem Fischen, nach. Das sind sehr viele Menschen, die Ausgleich und Ruhe im Einklang mit der Natur suchen. Schon aus diesem Grund hat die Politik in Kärnten die Aufgabe die Sorgen, Wünsche und Anliegen der Kärntner Fischer besonders zu berücksichtigen und vertreten. Darüber hinaus stellt die Fischerei aber auch einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor des Landes dar. So liegen an Kärntner Seen und Flüssen wohl einige der schönsten Fischereireviere Europas. Das wird sicherlich gerade auch aus touristischer Sicht eine wichtige Zukunftsfrage werden.“

„Welche wichtigen Problemstellungen ergeben sich dabei in der Zukunft für die Kärntner Fischerei?“

**Scheuch:** „Wie schon in den letzten Jahren leiden die Kärntner Fischbestände vor allem unter den jährlich einfallenden Kormoranbeständen, welche stellenweise heimische Fischarten beinahe vollkommen vernichten, wie zum Beispiel die Äschen in der Gail oder in der Drau. Diesen „Schwarz-Fischern“ ist durch rigorosen Abschuss das Handwerk zu legen, wobei Kärnten hier eine Vorreiterrolle einnimmt.“

„Wie wird in Kärnten mit dieser Kormoran-Problematik umgegangen?“

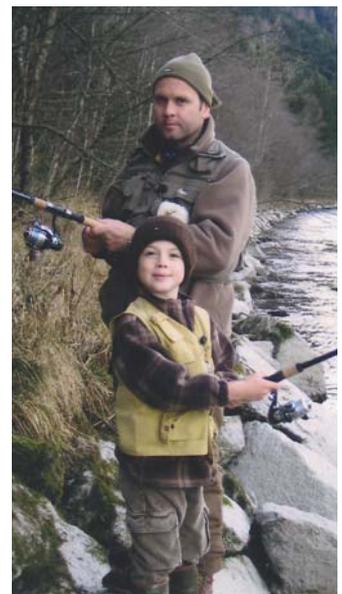
**Scheuch:** „Es ist zum Beispiel gelungen durch mehrere Verhandlungen und Gespräche eine unbürokratische Vorgangsweise zum Kormoran-Abschuss in die Praxis umzusetzen. So ist es nunmehr möglich bei fleißiger Bejagung der Kormoran-Bestände auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Ein schöner Erfolg, der auch aus Sicht der Naturschützer positiv zu bewerten ist, weil einheimische Fischarten sehr wohl von diesen schwarzen Fischräubern zu beschützen sind.“

„Welche Vorgehensweisen sind außerdem in der Fischerei geplant?“

**Scheuch:** „Dem Wunsch vieler Kärntner Fischer entsprechend haben die Freiheitlichen in Kärnten/BZÖ im Landtag einen Antrag eingebracht, indem ein Entwurf für ein Autonomie-Modell für die Kärntner Fischerei, ähnlich der Kärntner Jägerschaft, verlangt wird. Die Verhandlungen dafür sind im vollen Gang und können hoffentlich bald zu einem positiven Abschluss gebracht werden, um am Ende des Tages der Kärntner Fischerei noch mehr Gewicht zu verleihen.“

„Inwieweit sind Sie noch in Projekte für die Kärntner Fischerei involviert?“

**Scheuch:** „Nachdem ich selbst Fischerei-Berechtigter und auch leidenschaftlicher Fischer bin, mache ich mich im Kärntner Landtag in allen Seiten für die Kärntner Petri-Jünger stark. Das geht vom Ge-



setzesentwurf, welcher ermöglichen soll, dass auch Kinder in Kärnten unter Aufsicht fischen dürfen, über ein Renaturierungsprogramm von Fischereigewässern, bis hin zu Verhandlungen mit der Elektrizitätswirtschaft über Fischaufstiegshilfen. Ich glaube, dass die Kärntner Fischerei es verdient hat, dass man sich engagiert über alle Parteigrenzen hinweg für sie einsetzt. Und genau das ist auch weiterhin mein Ziel für die Zukunft.

## Was die Zukunft bringt: Perspektiven für Österreichs Landwirtschaft

Nach einer Phase von Reformen der Agrarpolitik und Unsicherheiten über deren Finanzierung gelten nun neue Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft. Basierend auf Markteinschätzungen der OECD hat das österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) eine Prognose über die Entwicklung der österreichischen Landwirtschaft im kommenden Jahrzehnt erstellt. Treffen die Annahmen über weitgehend gleichbleibende Agrarstützungen aus dem Haushalt der EU und aus nationalen Mitteln zu, so ist mit stabilem realen Pro-Kopf-Einkommen zu rechnen, wenn das Ausmaß der Förderungen beibehalten wird und der Strukturwandel im bisher beobachteten Ausmaß anhält.

Im Jahr 2005 stellte die Agrarpolitik wichtige Weichen für die europäische Landwirtschaft: Erstmals wurden pauschale Zahlungsansprüche an landwirtschaftliche Betriebe ausgezahlt, welche die bisher an die Produktion gekop-

pelten Direktzahlungen weitgehend ablösen. Unter der Präsidentschaft Großbritanniens beschloss der Europäische Rat in der zweiten Jahreshälfte die Reform der Zuckermarktordnung. Kurz vor Jahresende wurde im Rat ein Kompromiss über den Finanzrahmen der EU bis 2013 erzielt (dem das EU-Parlament bisher nicht zugestimmt hat), und im Zuge der WTO-Verhandlungen kündigte die EU den völligen Verzicht auf Exportsubventionen und Schritte zur weiteren Marktöffnung an.

Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) von 2003 wird wie vorgesehen umgesetzt, die Eckpunkte des Programms der ländlichen Entwicklung sind weitgehend fixiert. Somit bilden diese beiden Säulen der Agrarpolitik einen einigermaßen sicheren Planungsrahmen. Nach OECD-Einschätzung werden die Weltmarktpreise vieler Agrargüter im kommenden Jahrzehnt nominell leicht steigen. Real, also verglichen mit

den anderen Preisen, werden sie jedoch sinken. Grundlage dieser Prognose ist die Erwartung, dass in der Landwirtschaft die Produktivität etwas rascher wächst als jene Größen, die für die Steigerung der Nachfrage nach Agrargütern bestimmend sind (Einkommen und Bevölkerung). Im Zuge der zurückliegenden Reformen hat die EU die im Wirtschaftsraum geltenden Preise wichtiger Agrargüter (etwa Getreide oder Rindfleisch) den Weltmarktpreisen angenähert. Für einige Produkte (Milch, Zucker) sind entsprechende Preissenkungen vorgesehen.

Diese Markteinschätzung und die agrarpolitischen Rahmenbedingungen bilden die Basis für eine Modellprognose der Entwicklung der österreichischen Landwirtschaft bis 2013. Unter den skizzierten Rahmenbedingungen wird die landwirtschaftliche Produktion im Prognosezeitraum insgesamt eingeschränkt. Es wird weniger Ackerfläche bewirtschaftet, die

Rinderhaltung nimmt ab, und das Grünland wird weniger intensiv genutzt. Allerdings wird selbst unter der Annahme sinkender Milchpreise die österreichische Milchquote ausgeschöpft. Der Umfang der biologischen Wirtschaftsweise kann leicht ausgedehnt werden, wenn wie bisher etwas höhere Preise als für konventionelle Produkte erzielt werden und die Förderung im Agrarumweltprogramm aufrecht bleibt.

Treffen die unterstellten Annahmen über Preisentwicklung, Agrarförderungen und Produktivitätsentwicklung zu, so dürften sich die Agrareinkommen nominell stabil entwickeln. Doch es gibt auch Unsicherheiten: Im Zuge der Revision des EU-Finanzrahmens könnten Agrarfördermittel umgeschichtet werden, Seuchen und Missernten könnten nachhaltig die Produktion einschränken, und hohe Energiepreise könnten die Produktion verteuern und den Konsum schwächen.

## Der Segen der Gentechnik für die Konzerne.

95 % aller ausgesetzten GVO Pflanzen weltweit (80 Mio. ha.) wurden verändert um den Genkonzernen astronomische Gewinne zu sichern. Diese Gewinne sollen wir, die Betroffenen zahlen. Das Patentgen für Lebensmittel zwingt uns alle zu hohen Patentabgaben. Jeder der isst muss zahlen. Ein Giftgen zwingt den Bauern jährlich ein Totalgift (Roundup) zu kaufen. Das Terminatorgen zwingt den Bauern jährlich neues Saatgut zu kaufen. Die Terminatorsaat ist steril, keimt nur einmal.

Diese Fremdgene schaden uns extrem. Allen Versprechungen der Genlobby entgegen, haben die Aussaaten von GVO Pflanzen in 10 Jahren, weltweit nur Missbildungen hervorgebracht. Diese haben eine geringere Ernte, brauchen immer mehr Spritzmittel und werden immer anfälliger für Krankheiten. Zahlen und haften sollen wir.

Sogar die Sicherheit wird nur behauptet. Die GVO Nahrung wird von der EFSA der europäischen Lebensmittelbehörde nicht getestet. Sie verlassen sich auf die Angaben der Genfirmen. Diese Tests sind so zuverlässig wie die Steuerfahndung durch den betriebs-eigenen Buchhalter! Wenn ein Test den Tod der Versuchstiere ergeben hat, wird er einfach geheim gehalten. Das wichtigste ist die Freihaltung unsere Äcker von Genpflanzen. Weil wir sie nie mehr zurückerufen können. Weil sie sich ausbreiten und wachsen über den Samen. Weil wir die Schöpfung, die Natur damit für immer verpfuschen. Ohne Wiederkehr. Vorteile sind keine zu erkennen. Zur eigenen Sicherheit brauchen wir:

- 1.) Sicherheitstests für GVO Nahrung vor dem Anbau. (10 Jahre)
- 2.) Haftungsverpflichtung für die Genkonzerne, die einzigen die einen Nutzen haben.
- 3.) Klagen gegen die Akteure der ungefragte Einmischung von GVO in unsere Lebensmittel, wegen des Tatbestandes der Brunnenvergiftung. (Bt Toxin, Ampicillin, Lektin, Glyphosat und artfremde Gene kommen durch die GVO in unsere Lebensmittel).

DI Volker Helldorff, Haimburg



## Die ländliche Entwicklung 2007 bis 2013 – Rettung oder Sterbehilfe für die heimische Landwirtschaft?

Kaum ein Thema wurde in den letzten Wochen innerhalb der Bauernschaft derart kontroversell diskutiert, wie die künftigen Förderrichtlinien in der ländlichen Entwicklung. Aus der Sicht des Vizepräsidenten der Kärntner Landwirtschaftskammer, NRBg. DI Uwe Scheuch sind die Ergebnisse nicht zufriedenstellend. Seiner Meinung nach drohen durch die geplanten Mittelkürzungen weitere Schließungen von Höfen. Im Interview mit unserer Zeitung erklärt er, warum:

*Herr Scheuch, welches Ergebnis hat BM Pröll im Zuge der Budgetverhandlungen in Brüssel für unsere Bauern erzielen können?*

**Scheuch:** Aus meiner Sicht ist es dem ÖVP – Bauernbund nicht gelungen, die nötigen Mittel für die heimische Landwirtschaft aus Brüssel sicher zu stellen. Es gibt zwar in der Gesamthöhe keine großen Verschiebungen, in der Verteilung ist die Lösung allerdings vollkommen unzufriedenstellend!

*Warum?*

**Scheuch:** Man kann als Berufsvertreter einfach nicht zufrieden sein, wenn BM Pröll durch dieses Verhandlungsergebnis die Mittel für die Bauern um durchschnittlich 15 – 20% kürzt. In manchen Bereichen, wie zum Beispiel im BIO Bereich gehen die Kürzungen bis auf minus 35% hinauf. Aus meiner Sicht ist das ein Wahnsinn, denn wir müssen um jeden einzelnen Betrieb kämpfen! Mit dieser Regelung laufen wir allerdings Gefahr, genau das Gegenteil zu erreichen

*Aber Sie sitzen doch in der Regierung, können Sie nicht einfach etwas anderes beschließen?*

**Scheuch:** Nein, das ist hier ja leider das Problem. BM Pröll trifft diese Entscheidungen mit einer Sonderrichtlinie vollkommen im Alleingang.

Weder das Parlament noch die Regierung ist hier eingebunden. Wir können da nichts mitgestalten. Das ist ein Kernproblem, das ich schon öfters aufgezeigt habe. Agrarpolitik muss im breiten Konsens stattfinden, hier ist der Machttausch der ÖVP eingebremst werden!

*Was heißt das konkret für die Bäuerinnen und Bauern?*

**Scheuch:** Die einzige Möglichkeit, hier auch andere politische Meinungen zuzulassen, wäre eine Kompetenzänderung, man müsste das Parlament in die Entscheidungen mit einbinden. Oder aber man schafft es irgendwann, die zu 100% ÖVP – Bauernbund dominierte Präsidentenkonferenz auf zu brechen. Denn in Wirklichkeit unterstützt die gesetzliche Berufsvertretung all diese Entscheidungen. Und verschärft wird diese Situation noch durch die verschiedene Stimmgewichtung innerhalb der PRÄKO.

*Wie meinen Sie das?*

**Scheuch:** Die einzelnen Bundesländer haben Stimmrechte im Verhältnis zu ihrer Größe. Dadurch entsteht eine totale Schiefelage zu Ungunsten der Berggebiete. Der Bauernbund bevorzugt ständig die größeren Betriebe in Niederösterreich, Oberösterreich und Teilen der Steiermark sowie im Burgenland. Und unsere kleinstrukturierten, viehhaltenden Betriebe fallen bei vielen Entscheidungen durch den Rost! Hier gibt es eine echte Klientelpolitik für die Ackerbaubetriebe.

*Was wollen Sie jetzt konkret gegen die drohenden Verluste für die Kärntner Landwirtschaft unternehmen?*

**Scheuch:** Aus meiner Sicht müssen wir jetzt im Land selbst handeln. Es muss uns gelingen, die drohenden Verluste mit speziellen Unterstützungen und Programmen abzufangen.

Das Land Kärnten steht auf Grund der hervorragenden Budgetpolitik der letzten Jahre gut da, und kann sich diese Unterstützung für die Bauern leisten. Ich habe bereits erste Gespräche mit Landeshauptmann Dr. Jörg Haider geführt. Dieser hat großes Interesse und Bereitschaft bekundet, unseren Bauern hier zu helfen, und zusätzliches Geld bereit zu stellen.

*Wie und für welche Bereiche sollte dieses Geld aus ihrer Sicht fließen?*

**Scheuch:** Ganz einfach, wir müssen die Gelder so auszahlen, dass einerseits kein Problem mit Brüssel entsteht, und andererseits gewährleistet ist, dass die Mittel schnell und unbürokratisch bei den Bauern landen. Ich habe Dr. Haider auch bereits gebeten, zu diesem wichtigen Thema zu einem Gipfel einzuladen, an welchem alle Vertreter der Landwirtschaft teilnehmen sollen. Hier muss die Sachlichkeit siegen, und nicht die Parteipolitik!

*Abschließend noch eine ganz andere Frage: Werden Sie im Herbst bei der Kammerwahl antreten?*

**Scheuch:** Ja, ich möchte natürlich gemeinsam mit meiner Mannschaft im Herbst 2006 vor den Wähler treten. Wir haben in den letzten Jahren hart und gut gearbeitet. Ich habe in unzähligen Sitzungen und Veranstaltungen viel für die heimische Landwirtschaft bewegt. Vom Agrardiesel bis zur Besserstellung der Nebenerwerbslandwirte habe ich mich in Wien für die Interessen der Kärntner Bauern eingesetzt. So gesehen brauchen wir uns nicht zu fürchten, und wenn meine Leute es möchten, werde ich die Mannschaft an der Spitze in diese Wahl führen.

Danke für das Gespräch und viel Erfolg bei ihren Vorhaben!

**Scheuch:** Danke schön.

# Die NEUE Wohnbau- förderung

## Warum ein neues Wohnbauförderungsgesetz?

Auf Initiative von Wohnbaureferent LHStv. Dr. Martin Strutz wird das Kärntner Wohnbauförderungsgesetz in wichtigen Bereichen novelliert.

- gestiegener Wohnungsbedarf sowohl im ländlichen als auch im städtischen Bereich
- Stärkung des ländlichen Raumes, Erhaltung der Tradition und des Brauchtums in den Talschaften durch die Bekämpfung der Abwanderung
- Notwendigkeit eines schonenderen Umgangs mit unserer Umwelt
- ständig steigende Betriebskosten belasten insbesondere die sozial Schwächsten
- verstärkter Wunsch nach Eigentumsbildung
- Arbeitsplatzsicherung – Der Wohnbau sichert jährlich 6.700 Arbeitsplätze

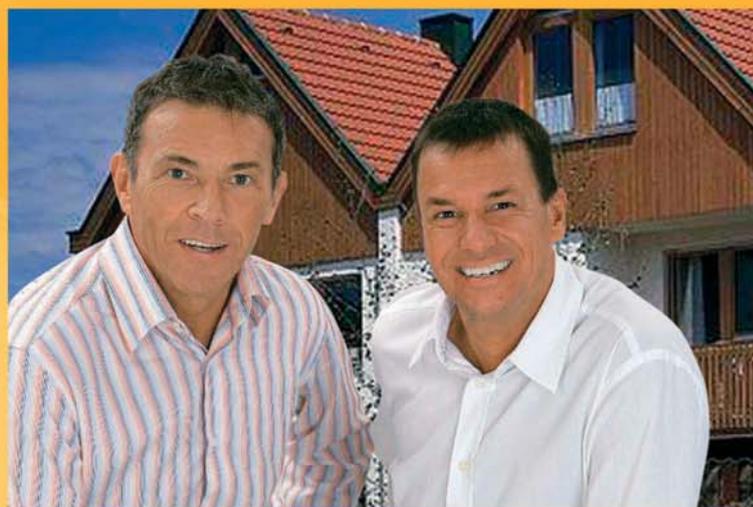
## Die wichtigsten Änderungen im neuen Wohnbauförderungsgesetz:

- Sonderwohnbauprogramm – 1.000 zusätzliche Wohnungen in den nächsten vier Jahren
- verstärkte Förderung und mehr Wohneinheiten für den ländlichen Raum
- Erhöhung der Wohnbeihilfe im ländlichen Raum
- durch Verbesserung der Förderung von Eigentumswohnungen wird die Eigentumsbildung unterstützt
- verstärkte Förderung für ökologisch bewusstes Bauen

## Wieviel wird gefördert?

Das neue Wohnbauförderungsgesetz zielt besonders auf den strukturschwachen ländlichen Raum ab. Damit ist im Prinzip ganz Kärnten mit Ausnahme des Zentralraumes und der Bezirkshauptstädte erfasst. In diesen Regionen wird

- die Eigenheimförderung um 7.500,- Euro angehoben
- die Wohnbeihilfe monatlich um 70,- Euro erhöht



*Die Entscheidung, ein Eigenheim zu bauen, ist höchst bedeutsam im Leben eines Menschen – sowohl im eigenen Lebensplan als auch in finanzieller Hinsicht. Das Land Kärnten hilft dabei durch finanzielle Hilfe und Beratung. Dabei werden soziale Aspekte besonders berücksichtigt und umweltschonendes Bauen belohnt. Damit Ihr Wohntraum auch Wirklichkeit wird, beraten und informieren wir Sie gerne in unseren Büros.*

## Darüber hinaus wird im Bereich der Eigenheimförderung

- durch das System der ÖKO Stufen der Anreiz geschaffen, die thermische Qualität, das Heizsystem, die Warmwasserbereitung etc. zu optimieren
- die Jungfamilienförderung sowie die Zusatzförderung für Mehrkosten durch ein rollstuhlbehindertes Haushaltsmitglied um 200 Euro erhöht.

## Bereich Wohnhaussanierung:

- abgestufte Förderungssätze je nach Maßnahmen
- Förderungen zwischen 30 und 60 % bei Heizanlagen für biogene Brennstoffe sowie sowie für Maßnahmen zur thermischen Verbesserung des Gesamtobjektes
- Erhöhung der förderbaren Gesamtbaukosten um rund 10.000,- Euro
- Förderung der Energieberatung und der Erstellung eines Energieausweises (max. 250,- Euro)

Im Bereich des Eigentumserwerbes wird es zukünftig eine Weitergewährung der Annuitätenzuschüsse geben.

# Zehn Jahre BSE: Rinderseuche auf dem Rückzug

**Weltweit immer weniger Rinderwahnsinn: 2005 nur mehr 474 Krankheitsfälle**

Vor zehn Jahren, am 27. März 1996, hat die EU-Kommission ein Exportverbot für britisches Rindfleisch beschlossen: Die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit, als „Rinderwahnsinn“ oder „BSE“ zu trauriger Berühmtheit gelangt, rückte in den Mittelpunkt weltweiter medialer Berichterstattung. Ein Jahrzehnt später ist von BSE kaum noch die Rede. Denn die Krankheitsfälle haben weltweit deutlich abgenommen.

Insgesamt seien die Erkrankungen bei Tieren von 2004 bis 2005 um 50 Prozent zurückgegangen, teilte nun die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) in Rom mit. Während es 2003 auf der ganzen Welt noch 1.646 Fälle von Rinderwahnsinn gegeben habe, wurden 2004 noch 878 und 2005 nur noch 474 Krankheitsfälle verzeichnet. „In Zeiten des internationalen Alarms wegen der Vogelgrippe ist es eine gute Nachricht, dass der Kampf gegen eine andere Besorgnis erregende Krankheit gewonnen werden konnte“, so die FAO.

Auch die Zahl der an der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit gestorbenen Menschen ist zurückgegangen. Nachdem im Februar 1996 eine Engländerin durch den Verzehr von verseuchtem Rindfleisch an BSE erkrankt und verstorben war, wuchs weltweit die Angst vor der Rinderseuche. In einigen Ländern, besonders aber in Großbritannien, wurden tausende Rinder britischer Herkunft notgeschlachtet, zu Tiermehl verarbeitet und anschließend rückstandslos verbrannt. Von Mai bis Juni 1996 wurden allein auf der britischen Insel 100.000 Rinder getötet. Dennoch fielen weiterhin auch Menschen der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit zum Opfer.



EGGENBERGER

Laut einer Statistik der „World organisation for animal health“ (OIE) vom Oktober 2005 wurden in Großbritannien weltweit am meisten BSE-Fälle bei Rindern registriert, nämlich mehr als 184.000. Im Europa-Vergleich liegen im Zeitraum von 1989 bis 2005 Portugal mit 978 und Frankreich mit 945 befallenen Rindern im Spitzenfeld. In Spanien gab es 590, in der Schweiz 459 und in Deutschland 363 Fälle. Österreich zählt mit seinen drei BSE-Fällen zu den Schlusslichtländern. Heute, zehn Jahre später, scheinen sämtliche Ängste verschwunden: Im März 2006 fielen schließlich die verhängten Exportbeschränkungen für Rindfleisch aus Großbritannien.

## Abferkelbuchten: Aktive Remontierung spart Geld!

Wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen Ferkelproduktion ist die Jungsauennachstellung und -eingliederung. Durch aktive Remontierung lässt sich Geld sparen. Denn: Laut Sauenplanerergebnissen 2004 betragen die Kosten für die Bestandesergänzung rund 12 Prozent – und das bei einer Schwankungsbreite, die zwischen den oberen und unteren 25 Prozent immerhin 35 Euro je Sau und Jahr beträgt. Fachleute verweisen überdies auf den Gewinnentgang durch leer stehende Abferkelbuchten aufgrund von Fruchtbarkeitsproblemen. Die erfolgreiche Jungsauennachstellung und -eingliederung erfordert eine hohe

Fachkenntnis und ist in der Praxis mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Vor allem die volle Auslastung der Abferkelbuchten im Produktionsrhythmus ist problematisch und teuer. Hier könne die aktive Remontierung durch vermehrte Jungsauennachstellung oder durch Zukauf von trächtigen Sauen Abhilfe schaffen, raten Experten: „Die Qualität der Jungsauen sollte immer an erster Stelle stehen, da die Wirtschaftlichkeit in der Ferkelproduktion wesentlich davon abhängt.“



EGGENBERGER

## Ab auf die Weide: Die richtige Vorbereitung zählt!

Nicht nur der zeitgerechter Weideaustrieb im Frühjahr und eine langsame Übergangsfütterung sind wichtige Voraussetzungen für einen guten Start in die Weidesaison. Neben dem Weideverhalten müssen auch die Pansenmikroben langsam und gleitend über einen Zeitraum von zumindest zwei Wochen an das Weidefutter gewöhnt werden. In der Übergangsphase sollte neben

dem jungen Weidegras zumindest drei Kilogramm eines qualitativ hochwertigen Heues verfüttert werden. Nach der Übergangszeit kann dieser Anteil langsam reduziert werden. Zusätzlich muss, wie generell bei Weidehaltung, auch in der Übergangszeit die Kraftfuttermenge aus Getreide reduziert werden. Da junges Weidegras auch eiweißreich ist, kann die Eiweißergänzung über das

Krafftutter reduziert werden. Empfehlenswert ist ein Getreideanteil von nicht wesentlich mehr als 60 Prozent in der Mischung. Auch auf eine ausgewogene und bedarfsgerechte Versorgung mit Viehsalz, Mineralstoffen und Spurenelementen sollte geachtet werden. Vorbeugend sollte auch eine magnesiumreiche Mineralstoffmischung verwendet werden.

**Brüssel will nationale Förderungen kofinanzieren – Beschluss bis Ende April geplant**

Die Europäische Kommission hat nun den Weg für EU-Hilfen für Vogelgrippe-geschädigte Geflügelzüchter frei gemacht. Entsprechend einem Ende März vorgelegten Vorschlag kann die EU künftig bei dramatischen Konsum- oder Preiseinbrüchen im Geflügelmarkt nationale Stützungsmaßnahmen für Eier und Geflügel bis zu 50 Prozent mitfinanzieren. Bisher war eine Kofinanzierung nur möglich, wenn es zum Ausbruch einer Tierseuche und zu Zwangsschlachtungen oder Transportverboten kam.

Eine entsprechende Änderung in den EU-Vorschriften soll spätestens Ende April von den EU-Landwirtschaftsministern beschlossen werden; vorher muss noch das EU-Parlament seine Meinung dazu abgeben. Kommen sollen die Mittel für die Kofinanzierung aus dem allgemeinen Agrarbudget generell, nachdem die rund 100 Millionen Euro, die jährlich für den Geflügelsektor der EU zur Verfügung stehen – und dort vor allem für Exportstützungen verwendet werden –, bereits budgetiert sind.

# Vogelgrippe: EU-Hilfe für Geflügelzüchter

die Geflügelproduzenten im Volumen von 100 Millionen Euro in Brüssel angemeldet. Frankreich sprach zuletzt von einem Minus von 30 Prozent und hat rund 60 Millionen Euro an Kompensation angekündigt. In Österreich lag der Geflügelkonsum in den ersten beiden Monaten des heurigen Jahres um ein Viertel unter dem Normalniveau, bei ganzen Hühnern sogar um 40 Prozent. „Es ist wichtig, dass die EU-Kommission dieses Instrument jetzt tatsächlich schnell auf den Weg bringt und es ist gut, dass es eine differenzierte Lösung vorsieht“, hieß es aus dem Landwirtschaftsministerium. Ob Österreich seinen Geflügelbauern Entschädigungen bezahlt, werde davon abhängen, wie sich der Markt entwickelt und wie es mit der Vogelgrippe weitergehe.

Welche Maßnahmen die EU konkret finanziert wird, hat die Kommission bislang nicht präzisiert, al-



## Vogelgrippe: Geflügel impfen oder nicht?

Im Kampf gegen die Vogelgrippe sind die Maßnahmen EU-weit uneinheitlich. In den Niederlanden und Frankreich dürfen etwa Enten und Gänse in bestimmten Regionen vorbeugend gegen die Geflügelpest geimpft werden, allerdings nur unter strengen Auflagen: So sind etwa die Verbringung und der Verkauf des geimpften lebenden Geflügels, dessen Eier und Küken an andere EU-Staaten oder Drittländer verboten. Frischfleisch und Fleischprodukte von diesen Tieren dürfen nur innerhalb der EU vermarktet oder in Drittstaaten ausgeführt werden, wenn sie aus Beständen kommen, welche die Kommissions-Bedingungen einhalten. Die Herde, aus der die Tiere stammen, muss 48 Stunden vor der Schlachtung von einem Tierarzt untersucht werden und sie muss allen Anforderungen der Tiergesundheit entsprechen.

In Österreich stehen Experten der Impfung kritisch gegenüber: „Die Probleme werden dadurch eher größer als kleiner“,

wird seitens der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) argumentiert. Durch die Impfung könne der Überblick verloren gehen, wo das Virus grassiert und wo nicht. Denn die Immunisierung verhindert zwar die Erkrankung der Tiere, nicht aber die Infektion. Sowohl erkrankte als auch geimpfte Tiere bilden Antikörper gegen das H5N1-Virus. Ob diese Antikörper von geimpften oder erkrankten Tieren stammen, lässt sich aber nicht unterscheiden.

In Schutz- und Überwachungszonen gilt überdies ein Verbot von Tieraussstellungen, Tierschauen, Tiermärkten und Tierbörsen, sowie das Verbot der Jagd auf Wildvögel. Totes Wildgeflügel ist der Bezirksverwaltungsbehörde zu melden – die zuständigen Amtstierärzte senden die Tiere an das nationale Referenzlabor für Geflügelpest.



Hintergrund der Kofinanzierungs-Initiative der Kommission: In einigen EU-Ländern war es nach dem Auftreten des Vogelgrippevirus H5N1 bei Wildvögeln zu kräftigen Absatzeinbrüchen bei Geflügelfleisch gekommen. Italien etwa meldete einen Konsumrückgang von 70 Prozent und hat bereits nationale Ausgleichszahlungen für

ledings würden die Bauer etwas für die Unterstützung tun müssen, verlaute aus dem Büro von Agrarkommissarin Mariann Fischer-Boel. Aus ihrer Sicht bestünde die vernünftigste Lösung darin, die Landwirt dafür zu entschädigen, die Produktion von Geflügel und Eiern befristet zurückzufahren, sagte die Kommissarin.

## Holzmarkt: Forstwirtschaft optimistisch für 2006

Nachdem bereits 2005 aus forstwirtschaftlicher Sicht zu einem guten Jahr für Österreichs Waldbauern geworden ist, soll sich diese gute Entwicklung auch im heurigen Jahr fortsetzen. Immerhin hatten die guten Absatzmöglichkeiten am Schnittholzmarkt eine anhaltend gute Nachfrage beim Rundholz und (in der zweiten Jahreshälfte 2005) endlich auch spürbare Preissteigerungen zur Folge.

Für heuer erwarten Experten eine ähnlich rege Nachfrage. Dies, so wird argumentiert, vor allem deshalb, weil mit den neu entstehenden bzw. entstandenen Sägewerkskapazitäten in Ost- und Mitteleuropa ein deutlicher Rückgang der Rundholzimporte zu erwarten sei und der Bedarf nach heimischem Holz ansteigen dürfte.

Der Tipp der Fachleute: Die Waldbesitzer sollten diese Chance wahrnehmen und die Holznutzung intensivieren. Freilich: Ein Zuwarten und Spekulieren auf weitere Preiserhöhungen solle im Interesse einer „gelebten Partnerschaft zwischen Forstwirtschaft und Holzindustrie“ nicht erfolgen. Denn: Bereits jetzt gäbe es aufgrund der Holzverknappung Werksstillstände und zu geringe Auslastungen in den Sägewerken. Die damit verbundenen höheren Produktionskosten würden die Marktposition der österreichischen Schnittholzexporteure verschlechtern.

### Sägewindustrie nicht ohne Probleme

Die österreichische Sägewindustrie nämlich bleibt weiterhin vom internationalen Holzmarkt und dessen Preisen abhängig. Aktuell liegt der Anteil der österreichischen Schnittholzproduktion bei gerade vier Prozent. 2005 lag die Produktion bei rund 11,5 Millionen Kubikmeter Nadel-schnittholz, zwei Drittel davon für den Export. Daher bleibt die kontinuierliche Versorgung der Sägewindustrie existenziell wichtig. Denn nur über eine gute Auslastung ist es möglich, die Erzeugungskosten niedrig zu hal-

ten und damit die Konkurrenzfähigkeit am Schnittholzmarkt zu sichern. Ohne zusätzliche Importe ist das hohe Produktionsniveau der Sägewindustrie nicht zu halten. Bei einem Rundholz-Gesamtbedarf von knapp 17,5 Millionen Festmetern liegt der Importbedarf bei 6,5 Millionen Festmetern. Ein weiterer Aspekt: Die österreichische Waldinventur weist sinkende



Zahlen für die heimische Holznutzung, insbesondere im Kleinwald, aus. Experten erwarten daher in der Folge eine weitere Strukturereinigung in der Sägewindustrie. Und man ist skeptisch, dass diese für die Forstwirtschaft auch tatsächlich positive Auswirkungen hätte. Bereits jetzt werden in Österreich von den 37 größten Sägewerken 88 Prozent des Schnittholzes produziert. Nur 12 Prozent der Schnittholzproduktion entfallen auf die verbleibenden 96 Prozent der österreichischen Sägewerke (1400 Betriebe).

Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen setzen Forstwirtschaft und Holzindustrie auf Partnerschaft. Als ein wichtiger Schritt in diese Richtung wird die im Dezember des Vorjahres erfolgte Gründung der „Interessengemeinschaft FHP“ (Forst-Holz-Papier) bezeichnet. Diese Plattform soll sich, so heißt es, neben der Holzwerbung zur Steigerung des Holz-

verbrauchs vor allem dem Lobbying im Interesse der Forst- und Holzwirtschaft sowie der Intensivierung der Forschung und Ausbildung widmen. Auch die Tatsache, dass es nach fünf Jahre Verhandlungen zwischen Vertretern der Forstwirtschaft und der Holzindustrie nun gelungen ist, eine Einigung über die österreichischen Holzhandelsusancen zu erzielen, wird positiv bewertet.

### Bioenergie als Zukunftschance

Positive Entwicklungschancen für die Forstwirtschaft erwarten sich Fachleute auch im Bereich der Bioenergie, nachdem die Europäische Union eine Verdoppelung des Biomasseeinsatzes vorsieht. Im Rahmen dieses Biomasse-Aktionsprogramms sollen 250.000 bis 300.000 Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen werden und die Abhängigkeit von Energieimporten von derzeit 48 Prozent auf 42 Prozent gesenkt werden.

Kärnten kann für diese Entwicklung als Vorbild gelten: In den vergangenen 15 Jahren konnte die Anzahl und die installierte Leistung bei Biomasse-Fernwärmanlagen um das Zehnfache gesteigert werden. Kärnten ist mit 266 Kilowatt installierter Leistung je 1000 Einwohner seit mehreren Jahren Spitzenreiter in Österreich. Allein jene Biomasseanlagen, die 2004 installiert wurden, verbrauchen jährlich knapp 60.000 Festmeter Holz in den verschiedensten Formen (Hackgut, Stückholz, Pellets).

Auch im Bereich der Ökostromanlagen steigt der Bedarf ständig an. Bis 2007 wird sich, so wird geschätzt, die daraus erzeugte Energiemenge gegenüber dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt haben und der Brennstoffbedarf auf etwa 900.000 Festmeter angestiegen sein. Aktuell werden für Ökostromanlagen und Raumwärme zusammen bereits rund 1,3 Millionen Festmeter Holz verbraucht. Die damit erzielte Wertschöpfung liegt bei 43 Millionen Euro. Sie verbleibt durch den Einsatz von Biomasse zu 100 Prozent im Inland. Würde anstelle der Biomasse Öl als Brennstoff eingesetzt, blieben nur 40 Prozent der Wertschöpfung im Inland, 60 Prozent des Geldes würde ins Ausland fließen.

## Wem Österreichs Wald gehört

Der Wald in Österreich – das sind über 170.000 Waldeigentümer sowie weitere 9.000 in der Forstwirtschaft überwiegend als Förster, Forstmeister, Forstwarte oder professionell ausgebildete Forstarbeiter in privaten Forstbetrieben oder bei den Österreichischen Bundesforsten AG tätige Menschen.

Der Wald ist in Österreich zum Großteil Privatbesitz (80,5 Prozent). Er liegt in den Händen von

Waldbauern, die Eigentumsverhältnisse sind eher klein strukturiert. Insgesamt bewirtschaften fast 170.000 Waldbauern Betriebe mit weniger als 200 Hektar Waldfläche und damit fast die Hälfte des gesamtösterreichischen Waldes. Etwa ein Drittel der Gesamtwaldfläche entfällt auf größere Forstbetriebe. Nur rund 15 Prozent sind „Staatwälder“ im Besitz der Österreichischen Bundesforste AG.



# Traktorenmarkt: New Holland vor Steyr

Interessante Entwicklungen am heimischen Traktorenmarkt: New Holland verdrängt Steyr erstmals als Marktführer in Österreich. Aber besonders die kleine Tiroler Traktorenschmiede Lindner zeigte 2005

den Großkonzernen, wo es lang geht. Denn gleich die ersten beiden der meist verkauften Traktoren des Landes stammen aus Kundl. Wie schon 2004 ist der Lindner „Geotrac

73“ als erfolgreicher Titelverteidiger mit 261 Exemplaren erneut der meist gefragte Traktor Österreichs, gefolgt vom „Geot-

rac 83“. Auf Platz 3 rangiert der New Holland „TN-D 70“, auf den Plätzen 4 bis 6 die relativ neuen Modellen „9100“, „Kompakt 375“ und „Kompakt 370“ von Steyr.

Bei der Markenwertung gab es 2005 unter den Top 10 nur zwei Veränderungen. Steyr musste die Führungsposition an die Konzernschwester New Holland abtreten. Und Valtra verdrängte Case IH vom 9. Platz. McCormick-Importeur Rudolf Dietrich verpasste den Einzug in die Top 10 nur knapp. Er liegt mit 133 Erstzulassungen exakt eine Maschine hinter Case IH auf Platz 11.

Insgesamt sind die Traktorenverkaufszahlen in Österreich 2005 um 312 Exemplare auf 5.961 Stück gesunken. Den größten Rückgang mit einem Minus von 19,45 Prozent bzw. 169 Exemplaren hat dabei John Deere zu verzeichnen, liegt damit aber weiterhin auf Platz 4. Fendt ist als Nr. 5. der erste Anbieter, der keine Einbußen hinnehmen musste. Im Gegenteil: In der

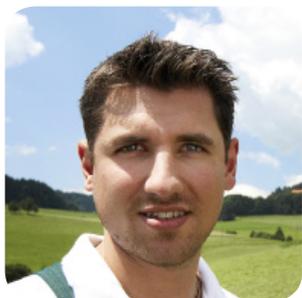
Klasse über 100 PS führt Fendt mit einem Marktanteil von 24 Prozent. Stückzahlmäßig konnte Deutz-Fahr unter den Top 10 mit einem Plus von 18 Exemplaren den größten Zuwachse verzeichnen.

Laut Eurotax sind auch im Februar 2006 die Zulassungen von Neutraktoren weiter angestiegen. Gegenüber dem Vorjahr wird ein Plus von 15,34 Prozent ausgewiesen. Im Hersteller-Ranking rangiert nach wie vor der Tiroler Bergspezialist Lindner am ersten Platz.

## „Top Ten“ nach Stückzahlen:

Type	Stück	Verkauf
Lindner Geotrac 73	261	+20
Lindner Geotrac 83	224	+42
New Holland TN-D 70	182	+105
Steyr 9100	172	+6
Steyr Kompakt 375	152	+115
Steyr Kompakt 370	140	+87
Lindner Geotrac 93	136	-33
Lindner Geotrac 63	133	+30
John Deere 5820	112	-65
New Holland TL 70	104	+60

EGGENBERGER



[maschinenring.at](http://maschinenring.at)



## Unternehmen Landwirtschaft

Zu einer erfolgreichen Landwirtschaft gehört viel – Mut, Flexibilität, Fleiß und gute Ideen. Gefragt sind auch starke Partner, die neue Perspektiven schaffen. Der Maschinenring fördert das Unternehmen Landwirtschaft, bietet eine breite Palette an Agrardienstleistungen und jede Menge Chancen auf ein Zusatzeinkommen. Flexibel bleiben steht dabei an erster Stelle.

Wenn Sie Ihre Zukunft gestalten möchten, rufen Sie einfach beim Maschinenring an. Die Ansprechpartner in Ihrer Nähe finden Sie auf [www.maschinenring.at](http://www.maschinenring.at).



# Maschinenring

Maschinenring Kärnten T 0463 / 50 00 77 E [kaernten@maschinenring.at](mailto:kaernten@maschinenring.at)

## Mainoni: "Österreich ist Vorreiter bei neuen Energietechnologien!"



Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie hat auf Initiative von Forschungsstaatssekretär Mag. Eduard Mainoni die Entwicklung neuer Energietechnologien zu einem Schwerpunkt gemacht. "Zukunft Kärnten - Zukunft Land" hat den Staatssekretär daher zu einem Interview gebeten.

*Warum ist Energietechnologien für Sie ein so wichtiges Thema?*

**Mainoni:** Weil die Zukunft der Energieversorgung den erneuerbaren Energieträgern gehört. Österreich geht bereits seit Jahren einen zukunftsorientierten Weg, um langfristige Alternativen in Form von erneuerbaren Energieträgern zu entwickeln, zu erproben und zum Teil bereits auf den Markt zu bringen. Wir wollen diesen Weg kontinuierlich weitergehen und damit auch einen Beitrag zum Umweltschutz leisten.

*Wo sehen Sie Österreich denn derzeit im internationalen Vergleich?*

**Mainoni:** Österreich nimmt derzeit eine absolute Spitzenposition ein. Aber nicht nur beim Einsatz innovativer Energietechnologien ist Österreich erfolgreich, sondern auch im Export dieser. Aktuelle Studien bestätigen beträchtliche Wachstumsmärkte insbesondere in den östlichen Nachbarländern und einen damit verbundenen positiven Effekt auf die Beschäftigung. Wir konnten mehr als 350 Forschungsprojekte finanzieren, die teilweise bis zu zukunftsweisenden Demonstrationsprojekten weitergeführt wurden. Dazu gehört etwa das steirische Schiestlhaus, die weltweit erste Schutzhütte in Passivhausqualität. Weltweites Interesse wecken vor allem auch neue österreichische Technologien zur Einspeisung von

Biogas in das öffentliche Gasnetz.

*Wie ernst nimmt Österreich eigentlich die Anliegen des Umweltschutzes in der Energiegewinnung?*

**Mainoni:** Österreich hat sich hier zu einem Vorzeigeland entwickelt. Dieses Thema hat in den letzten Jahren eine enorme Eigendynamik entwickelt. Zusammenschlüsse zu Genossenschaften etwa, die aus Hackschnitzel Energie gewinnen, sind keine Seltenheit mehr und bereits in ganz zu Österreich zu finden. Hier gilt mein Dank den vielen mutigen Menschen, die den Weg einer nachhaltigen Energiegewinnung gehen. Erst durch die Möglichkeit Energie aus erneuerbaren Energieträgern zu gewinnen, wird es auch zu einem Umdenken in der Bevölkerung kommen.

*Wie innovativ ist eigentlich Kärnten unterwegs?*



**Mainoni:** Sehr viele geförderte Innovationen kommen aus Kärnten. Zahlreiche Umwelttechnik- oder Holzforschungs-Projekte wurden von Firmen aus Kärnten eingereicht und auch gefördert. Letztes Jahr hat die österreichische Forschungsförderungsgesellschaft fast 700 Vorhaben mit insgesamt 265 Millionen Euro unterstützt. Jeder zehnte Euro davon geht nach Kärnten. Ich werde mich jedenfalls persönlich dafür einsetzen, dass in Zukunft noch mehr Geld für zukunftsversprechende Projekte zur Verfügung steht, um Österreich als Wirtschaftsstandort noch weiter nach vorne zu bringen.

Vielen Dank für das Gespräch.

## Was ist dran am Biodiesel?

Die Diskussion über „Biosprit“ – Biodiesel und pflanzliche Treibstoff-Zusätze – ist für viele Autofahrer verwirrend. Die Verunsicherung wächst: Welcher Treibstoff eignet sich für welches Kraftfahrzeug, welcher nicht? Hier eine kurze Übersicht:

**Biodiesel.** Biodiesel wird aus pflanzlichen Ölen (Raps-, Soja- oder Sonnenblumenöl) aber auch aus Alt fetten gewonnen. Kraftfahrzeuge müssen für die Verwendung von Biodiesel adaptiert werden, da sonst Kunststoff- und Gummiteile angegriffen werden können (Biodiesel wirkt wie ein Lösungsmittel). Die Umrüstung gelingt über angebotene Sonderausstattungen, ab Werk bietet noch kein Hersteller Biodieseltaugliche Dieselmotoren an. Weiterer Nachteil des Biodiesel: Er ist nur schwer erhältlich. Die Vorteile: Biodiesel reduziert die Partikel- und CO-Emissionen, sein Schwefelgehalt ist deutlich geringer als der von normalem Diesel.

**Diesel „Bio Plus“.** Seit 1. Oktober 2005 wird entsprechend der EU-Biokraftstoffrichtlinie dem normalen Dieselmotorkraftstoff ein geringer Anteil von Biodiesel beigemischt. 2,5 Prozent des gesamten in Österreich getankten fossilen Sprits werden damit durch Biosprit ersetzt. So sollen knapp 1,5 Millionen Tonnen weniger CO-Emissionen pro Jahr ausgestoßen werden. Die Autofahrer können beruhigt sein: Die Beimischung ist für die Kraftfahrzeuge völlig unbedenklich.

**Pflanzenöl.** Theoretisch könnten Dieselfahrzeuge auch mit reinen Pflanzenölen (etwa Salatöl aus dem Supermarkt) betrieben werden. In der Praxis ist freilich auch hierfür eine – teure – Umrüstung der Fahrzeuge notwendig, weshalb die Fachleute von dieser Variante abraten. Ein weiterer Nachteil: Die Stickoxid-Emissionen sind bei der Verbrennung von reinen Pflanzenölen höher als bei normalem Biodiesel.

## Kurz gemeldet: Öko-Energie boomt in Kärnten

Kärnten baut seine Position als Vorreiter der Öko-Energie immer weiter aus. Über 3.700 Projekte hat das Land allein im Vorjahr mit rund 10 Millionen Euro gefördert. Darunter vor allem Solaranlagen, Pellets-Heizungen und Fernwärme-Anschlüsse. Auch die Zusammenarbeit mit der Kelag zeigt Wirkung. Bereits 42 Prozent des gesamten Energiebedarfs werden in Kärnten von erneuerbarer Energie inklusive Wasserkraft gedeckt – ein europäischer Spitzenwert. Bis 2007 werden rund 90 Millionen Euro in den Bereich alternativer Energien investiert.



Immer mehr Menschen und Familien wollen sich ihren Wunsch nach den eigenen vier Wänden erfüllen. Das Land Kärnten hilft dabei, durch finanzielle Hilfe und Beratung. Dabei werden soziale Aspekte besonders berücksichtigt und umweltschonendes Bauen belohnt. Damit Ihr Wohnraum auch Wirklichkeit wird, beraten und informieren wir Sie gerne in unseren Büros.

# Mehr Geld für Häuslbauer und Mieter

Die NEUE Wohnbau-förderung

Neue Kärntner Wohnbauförderung schafft viele Arbeitsplätze und stärkt den ländlichen Raum durch viele Fördermaßnahmen - 7500 Euro mehr für Häuslbauer, 70 Euro für Mieter.

Die Entscheidung, ein Eigenheim zu bauen, ist höchst bedeutsam im Leben eines Menschen - sowohl im eigenen Lebensplan als auch in finanzieller Hinsicht. Mit einer Neuregelung des Wohnbauförderungsgesetzes ist es Landeshauptmann Jörg Haider und Wohnbaureferent Martin Strutz gelungen, für "Häuslbauer" - die sich im strukturschwachen ländlichen Raum niederlassen - einen Förderungszuschlag von 7500 Euro zu schaffen. "Mit der neuen Wohnbauförderung können wir mehrere wichtige gesellschaftspolitische Ziele umsetzen. Wir fördern das behindertengerechte Bauen, machen umweltpolitische Förderungen erstmals möglich und stärken den ländlichen Raum", so Strutz. Das neue Wohnbauförderungsgesetz sieht Strutz also auch als Strategie für den ländlichen Raum: Es soll helfen, die Abwanderung in ländlichen Gemeinden zu stoppen. "Wir werden dort eine

Erhöhung der Einfamilienhausförderung gewähren, wo es Abwanderungen gibt", so Strutz. Außerdem neu: Die Kriterien für umwelt- und energieschonende Einbauten werden nach den Kyoto-Klimaschutzvorgaben ausgerichtet. "Es gibt eine verbesserte Förderung für ökologisch wertvolles Bauen", erklärten Landeshauptmann Jörg Haider und Wohnbaureferent Martin Strutz. Für den Kauf von Mietwohnungen gewährt das Land künftig Annuitätzuschüsse. "Selbstverständlich haben wir auch an Mieter gedacht und die Wohnbeihilfe in strukturschwachen ländlichen Bereichen wird für die Wohnbeihilfeempfänger um 70 Euro im Monat erhöht", so Haider und Strutz. Auch werden über ein neues Sonderwohnbauprogramm 1000 zusätzliche Wohnungen in den nächsten vier Jahren entstehen, was für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen von großer Bedeutung ist.

## Information:

### Was wird gefördert?

Das neue Wohnbauförderungsgesetz zielt besonders auf den strukturschwachen ländlichen Raum ab. Damit ist im Prinzip ganz Kärnten mit Ausnahme des Zentralraumes und der Bezirkshauptstädte erfasst.

In diesen Regionen wird

- die Eigenheimförderung um € 7.500,- angehoben
- die Wohnbeihilfe monatlich um € 70,- erhöht

### Darüber hinaus wird im Bereich der Eigenheimförderung

- durch das System der ÖKO Stufen der Anreiz geschaffen, die thermische Qualität, das Heizsystem, die Warmwasserbereitung etc. zu optimieren
- die Jungfamilienförderung sowie die Zusatzförderung für Mehrkosten durch ein rollstuhlbehindertes Haushaltsmitglied um € 200,- erhöht.

### Im Bereich der Wohnhaussanierung gibt es

- abgestufte Förderungssätze je nach Maßnahmen
- Förderungen zwischen 30 und 60 % bei Heizanlagen für biogene Brennstoffe sowie für Maßnahmen zur thermischen Verbesserung des Gesamtobjektes
- Erhöhung der förderbaren Gesamtbaukosten um rund € 10.000,-
- Förderung der Energieberatung und der Erstellung eines Energieausweises (max. € 250,-)

Im Bereich des Eigentumserwerbes wird es zukünftig eine Weitergewährung der Annuitätzuschüsse geben.

### Wo bekomme ich Hilfe?

Im Büro von Wohnbaureferent LHStv. Dr. Martin Strutz

Tel.: 050 536 222 06, [www.martinstrutz.at](http://www.martinstrutz.at)

Tel.: 050 536 30904

Im Bürgerbüro von LH Dr. Jörg Haider

Gratis-Hotline: 0800 -201 210

In der Abteilung 9 - Wohnungs- und Siedlungswesen -

des Amtes der Kärntner Landesregierung,

Mießtaler Straße 6, 9020 Klagenfurt

Im Internet unter: [www.ktn.gv.at](http://www.ktn.gv.at)

## SVB: Gesundheitsmaßnahmen für Bauernkinder

Auch heuer werden von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB) wieder Gesundheitsmaßnahmen für rund 600 Bauernkinder aus ganz Österreich in den Sommerferien durchgeführt. Dabei geht es vor allem um die Gewichtsreduktion sowie um meeresklimatische und heilpädagogische Aufenthalte.

Die Schwerpunkte dabei: Unter dem Motto „Fit ins Leben“ wird übergewichtigen Kindern ein 20-tägiger Aufenthalt in Hatzendorf in der Steiermark (vom 11. bis 30. Juli) und in Spital am Pyhrn, Oberösterreich, (28. Juli bis 16. August) geboten. Damit soll der Beginn für eine Gewichtsreduktion über einen längeren Zeitraum gemacht werden. Den Kindern wird richtiges und gesundes Ess- und Bewegungsverhalten vermittelt. Voraussetzung für die Teilnahme an diesem Aufenthalt ist der Wunsch des Kindes, abzunehmen und der Wille der Eltern, das Kind dabei zu unterstützen. Der meeresklimatische Aufenthalt

bietet Kindern mit Atemwegs- oder Hauterkrankungen die Möglichkeit, rund drei Wochen (vom 12. bis 31. Juli) in Lignano am Meer zu verbringen. Für die Teilnahme ist ein Antrag durch einen Haut-, Lungen- oder Kinderfacharzt erforderlich. Die Ziele dieses Aufenthaltes sind unter anderem das Erlernen der richtigen Atemtechnik, die Linderung der Symptome durch Entspannungsübungen, Hilfe zur Selbsthilfe und eine bessere Kenntnis über die eigene Krankheit.

Weiters werden Aufenthalte für Kinder mit Haltungstörungen angeboten. Bei diesen Turnussen in Spital am Pyhrn wird in Kleingruppen ein spezifisches Haltungstraining sowie Training und Bewegung im Wasser unter Anleitung von Physiotherapeuten durchgeführt. Ebenfalls bewährt haben sich die heilpädagogischen Aufenthalte. Sie finden im Lindenhof in Spital am Pyhrn (vom 7. bis 26. Juli sowie vom 18. August bis 6. September) und beinhalten zwei Schwer-



punkte. Den Kindern werden auf ihre Probleme genau abgestimmte logopädische Behandlungen oder eine Legasthenie-Betreuung angeboten.

Nähere Informationen erhalten Interessierte im jeweiligen SVB-Regionalbüro.

## Leserbriefe:

### Die Zukunft der Bio Bauern!

Solange 6% der größten Agrarbetriebe in der Union 53% der Zahlungen kassieren, ist die klein strukturierte Landwirtschaft zum Sterben verurteilt! Frankreich: 15 der größten Betriebe kassieren 60% des Kuchens. Laut britischer BBC gehen 80% der Mittel an 20% der Betriebe während lediglich 8% der Mittel für 40% der Betriebe reichen müssen. Daran hat aber nicht der Bauer Schuld, der es benützt, sondern das System. Ebenso ist es mit der Entkopplung der Stierprämien. Hocharrangige Politfunktionäre, die durch Insiderwissen rechtzeitig vorgeschort haben wird man darunter finden. Zufall? Es gibt große Mastbetriebe deren Stallungen heute leer stehen und die dennoch, für Stiere Ausgleichszahlungen kassieren die gar nicht gehalten werden!

Beträge in zehntausenden Euro, während bei uns Rindfleisch aus Argentinien importiert wird. Und

wieder ist nicht der schuld, der es benützt, sondern der, der es zulässt. Meine Devise: Ausgleichszahlungen nur gegen erbrachte Leistung! Kein Stier- kein Geld! Dies ist für mich Verrat an unserem Berufstand und Diebstahl der Gelder von jenen, die für die Ausgleichszahlungen Leistungen erbringen. Wenn die Öffentlichkeit an Hand dieser Beispiele sagt, ihr Subventionsempfänger, so hat sie vollkommen Recht. Man darf aber nicht vergessen, dass das Kolchosensystem nur wenige bevorzugt, während Klein und Mittelbetriebe keinerlei Chancen haben und in Zukunft zum Aufgeben gezwungen werden! Mit System! Wir Bauern wollen keine Subventionsempfänger sein, wir wollen etwas leisten, und nur für unsere Leistungen den Ausgleich erhalten. SONST NICHTS!

*Hannes Löschenkohl BIO Bauer aus dem Krappfeld*

### Ende der Biobauern

Mit erstaunen musste ich feststellen, dass sich der SPÖ-Landesrat Ing. Rohr in Zukunft Preise von 1-2 Euro/m<sup>2</sup> Wasser für unsere kommunalen Wasserversorgung vorstellen kann. Was werden hier die Landwirte machen, welche über keine eigene Quelle bzw. Wasserversorgung verfügen?

Ein Betrieb mit 20 GVE benötigt ca. 800 m<sup>3</sup> je Jahr. Dies ergibt bei einem durchschnittlichen Preis in Kärnten von 90 Cent/m<sup>3</sup> 720 Euro/Jahr. Mit einer Erhöhung um 20 Cent (22 %) tritt eine zusätzliche Mehrbelastung von 160 Euro/Jahr ein.

Hier wird sich Herr Rohr als Gemeindereferent, die Landwirtschaftskammer und die Bürgermeister überlegen müssen, ob dies der Landwirtschaft noch zumutbar ist. Die Kommunalabgaben sind erdrückend hoch und unsere Bauern produzieren schon jetzt unter schwierigsten Bedingungen.

*Hans Georg Egger, 9781 Oberdrauburg, Tiroler Str. 2*

### Ende der Biobauern

Bei der Vollversammlung der Biobauern musste man erfahren, dass die Agrarförderungen für Biobauern im neuen ÖPUL Programm 2007 – 2013 um bis zu 30% gekürzt werden. Da werden wohl weitere Landwirtschaftsbetriebe zusperrten müssen. Unser Agrarlandesrat Dr. Martinz schweigt dazu, denn sein Chef Landwirtschaftsminister DI Pröll hat das ja so verhandelt.

*Schein Rosemarie, 9470 St. Paul/Lavanttal, Loschental 20*

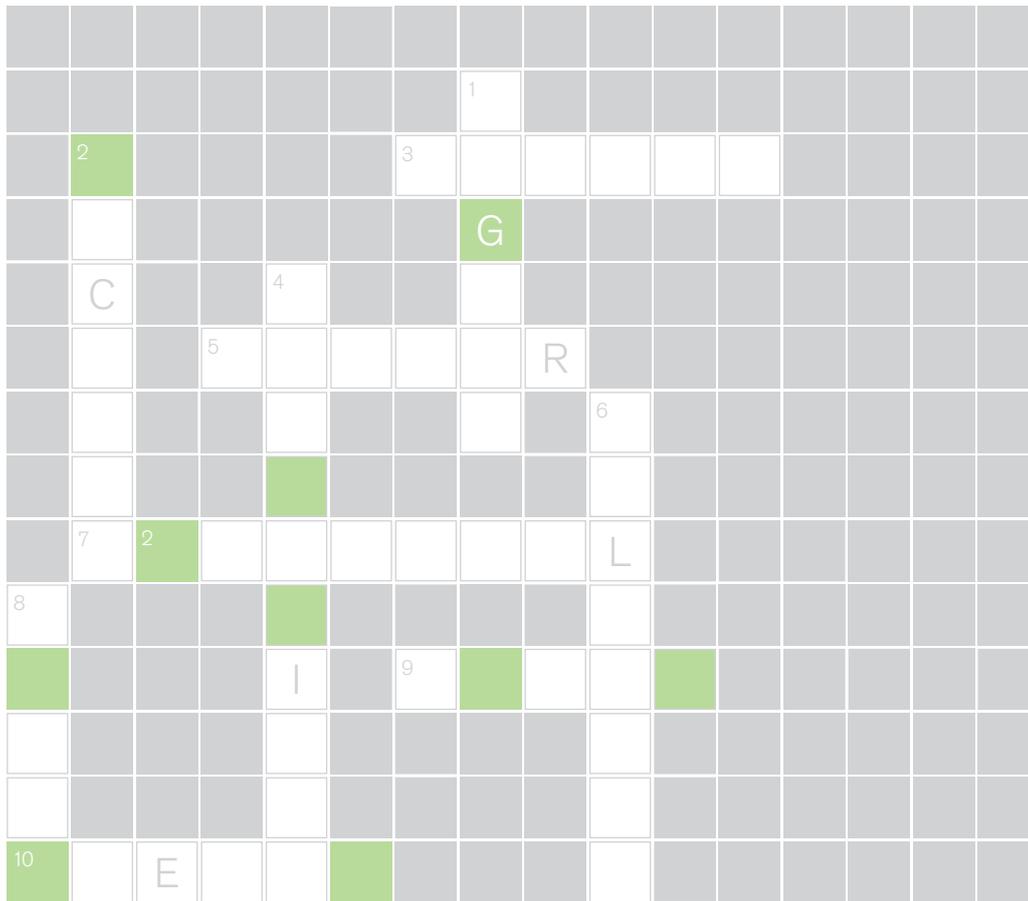
### Milchquote

Wie man auf der Homepage des Landwirtschaftsministeriums nachlesen konnte, wird jetzt doch wieder die Milchquotenverteilung allen österreichischen Milchbetrieben zugesprochen. Noch vor zwei Jahren sind die Bauernbundfunktionäre ausgerückt und haben die letzte ungerechte Verteilung der Milchquote verteidigt.

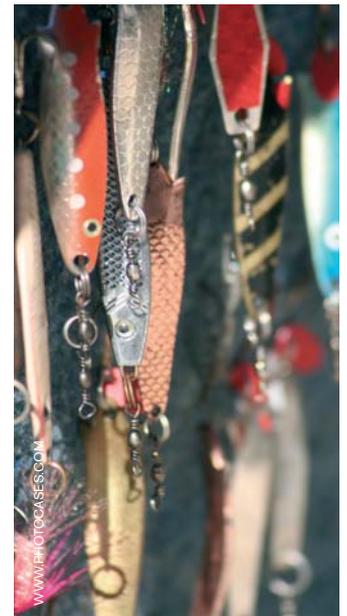
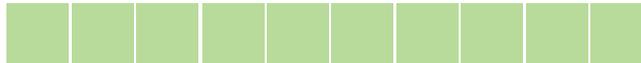
Damals war es so, dass nur Betriebe aufgestockt wurden, die auch

# Mitmachen und gewinnen!!!

Beantworten Sie die 10 Fragen und mit etwas Glück gewinnen Sie eine von vier Fischertageskarten. Aber zu leicht möchten wir es Ihnen auch nicht machen – nachdem die 10 Fragen beantwortet sind, müssen Sie noch mit den Buchstaben in den grünen Feldern das Lösungswort bilden. Die Lösung können Sie per E-Mail an [gewinnspiel@zukunft-land.at](mailto:gewinnspiel@zukunft-land.at) oder per SMS an 0676/800 77 90 64 oder per Post an: Zukunft Land - Zukunft Kärnten, Wolfgangweg 8, 9020 Klagenfurt, senden. Bitte nicht vergessen – Name, Anschrift und Telefonnummer angeben. Nach der Verlosung wird der Gewinner schriftlich verständigt. Viel Glück!



Lösung:



## Fragen:

1. Welche Getreideart wird für Schwarzbrot verwendet?
2. Welcher Vogel legt seine Eier in fremde Nester?
3. Ein Rohprodukt zur Herstellung von Bier?
4. Wie wird die Milch einer Kuh nach der Abkalbung?
5. Wie heißt ein männliches Schaf?
6. Welche naturgeschützte Blume wächst am Gartnerkofel?
7. Aus welcher Pflanze wird Stärke gewonnen?
8. Welcher Fisch kann niedrige Wasserfälle überwinden?
9. Wie heißen die großen Zähne bei einem Keiler?
10. Welcher Vogel sucht nach Würmern im Holz?

in Milchquote investiert haben. Aber jemand, der z.B. eine kranke Frau versorgen musste – und somit nicht in seinen Betrieb investieren konnte, erhielt keine Zuteilung. Zum Glück ist diese Ungerechtigkeit beendet worden!

*Puschitz Hermann, 9560 Feldkirchen, Turracher Straße 8*

## Erfolge Freiheitliche Bauernschaft/BZÖ

Wie ich in Ihrer letzten Ausgabe erfahren habe, war es in der Bundesregierung die Freiheitliche Bauernschaft/BZÖ mit Agrarsprecher LWK-Vize Uwe Scheuch die

es geschafft hat, den Agrardiesel wie die Anhebung des Einheitwert-Richtsatzes für einen eventuellen Arbeitslosengeldbezug bei Nebenerwerbsbauern einzuführen.

Der ÖVP Bauernbund, der seit 30 Jahre in der Regierung sitzt, hat dies nicht geschafft. Sogar den Agrardiesel haben sie mit SPÖ-Regierungsbeteiligung damals abgeschafft. Wenigstens haben wir mit Herrn Scheuch einen Kämpfer an vorderster Front gegen die Ungerechtigkeiten in der Landwirtschaft.

*Wutti Heinz jun., 9500 Villach*



Herzlichen Dank den vielen Teilnehmern an unserem Gewinnspiel. Untern den zahlreichen richtigen Einsendungen wurde Herr Pfeifer aus Feistritz/Gail als glücklicher Gewinner gezogen. Den Gewinn – eine Motorsäge der Marke Jonsered wurde von NRAMG. LWK-Vizepräsident DI Uwe Scheuch als Sponsor übergeben. Die Übergabe fand bei der Firma Landtechnik Oberzaucher in Villach mit Herrn Hans Oberzaucher statt. Wir gratulieren recht herzlich!

EINE INITIATIVE VON LH JÖRG HAIDER

GRIPS 2006!

Ideenwettbewerb ▶▶

Gemeinde- und RegionsInnovationsPreis



Zukunfts\_Raum Lebens\_Raum Ländlicher\_Raum

# Machen Sie mit!

EINREICHUNGEN VOM  
**27. MÄRZ** BIS **14. JULI 2006**

Weitere Informationen erhalten Sie  
unter **050/536 32052** bzw. **050/536 32028**  
oder  
**www.ktn.gv.at.**

